



Energiewende braucht stabile Nord-Süd-Verbindungen statt Kleinstaaterie

Energiewende braucht stabile Nord-Süd-Verbindungen statt Kleinstaaterie - Umweltverbände fordern sorgfältigen Stromnetz-Ausbau nach Bedarf statt nach Belieben - Geplante Nord-Südverbindungen unterstützen Atomausstieg in Süddeutschland - Anlässlich der Netzausbau-Beratungen am heutigen Dienstag im Berliner Koalitionsausschuss warnen der Naturschutzbund Deutschland (NABU), die Deutsche Umwelthilfe (DUH), WWF Deutschland und Germanwatch davor, die notwendige Stromnetzplanung für eine naturverträgliche Energiewende zu behindern. Die laufenden Planungen müssten nicht neu aufgerollt, sondern mit intensiven Bürgerdialogen begleitet und zügig fortgesetzt werden. "Auch wenn noch Unsicherheiten bei der Planung des Netzausbaus bestehen, lässt sich aus den Eckdaten und Szenarien für die Energiewende in den kommenden zehn Jahren ein erheblicher Ausbaubedarf der Stromnetze ableiten", betont Leif Miller, Bundesgeschäftsführer des NABU. Die Politik sollte bei der Umsetzung des notwendigen Stromnetzausbaus auch in komplexen schwierigen Situationen Rückgrat zeigen und nicht in Kleinstaaterie verfallen. Sie trägt die Verantwortung für eine Stromnetzplanung, die für ganz Deutschland stimmig und anschlussfähig an das europäische Stromnetz sein muss. Auch der bayerische Ministerpräsident Seehofer kann nicht einfach als Einzelkämpfer regionale Interessen über das Gemeinwohl stellen. "Anstelle von politischen Irrlichtern, die ihren Bürgern unredliche Alternativen vorgaukeln, brauchen wir einen Dialog mit den Bürgern, damit die sorgfältige Umsetzung der Stromnetzplanung gelingen kann", so Peter Ahmels, Leiter Energie und Klima der DUH. Auf die Risiken und Kosten eines verschleppten oder unzureichenden Stromnetzausbaus wird in verschiedenen Studien kritisch verwiesen. Durch eine weitere Verzögerung des Ausbaus der bisher vorgesehenen Gleichstromverbindungen vom Norden in den Süden drohen aufgrund eines vermehrten Netzengpassmanagements erhebliche Kosten. Diese entstehen durch die kurzfristigen Fahrplanänderungen der Kraftwerke zur Wahrung der Netzstabilität. Ein gänzlicher Verzicht auf die Leitungen könnte schlimmstenfalls sogar zu einer Aufteilung des deutschen Strommarktes führen, mit erheblichen Mehrkosten für den verbrauchstarken Süden. "Durch einen klugen Netzausbau werden Emissionen und Kosten minimiert und Versorgungssicherheit maximiert. Wer die Energiewende will, kann nicht nur auf den Bau neuer fossiler Kraftwerke setzen, ohne seine Glaubwürdigkeit zu riskieren", so Regine Günther, Leiterin Klimaschutz- und Energiepolitik des WWF Deutschland. Die Gleichstromverbindungen, deren energiewirtschaftliche Notwendigkeit nach umfangreicher öffentlicher Konsultation im Bundesbedarfsplangesetz festgestellt worden ist, sollen künftig den im Norden und Osten produzierten Windstrom in den verbrauchstarken Süden transportieren. Bei allen Gleichstromtrassen sind auch Teilerdverkabelungen vorgesehen. Dadurch bestehen besonders gute Möglichkeiten, Konflikte mit der Bevölkerung zu vermeiden. Nur im Dialog mit den Betroffenen vor Ort wird es gelingen, den Planungsprozess nachvollziehbar zu machen. Da muss viel erklärt werden. Natur- und Landschaftsschutz sowie der Schutz des Wohnumfelds von Betroffenen sind dabei die wichtigsten Themen. "Bundesnetzagentur und Netzbetreiber sollten den frühzeitigen, transparenten Dialog zu Netzausbauprojekten wie dem SuedLink vertieft weiterführen. Das ist eine Grundlage für den Atomenergieausstieg auch in Bayern, ohne dass der Strompreis dort explodiert", so Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. An den Planungen der Gleichstrompassagen Süd-Ost und SuedLink sollten sich alle Betroffenen und insbesondere die politischen Vertreter - auch aus Bayern - konstruktiv beteiligen, um die konfliktärmsten und naturverträglichsten Trassenkorridore festlegen zu können. Kontakt: Tina Mieritz, NABU-Referentin für Energiepolitik und Klimaschutz - Tel. 0173-3522872 - Peter Ahmels, Leiter Energie und Klimaschutz, DUH - Tel. 0151-16225863 - Henrik-W. Maatsch, Nationale Klima- und Energiepolitik, WWF - Tel. 030-311777205 - Naturschutzbund Deutschland e.V. NABU - Charitéstraße 3 - 10117 Berlin - Deutschland - Telefon: 030/284 984-1510 - Telefax: 030-284 984-2000 - Mail: presse@NABU.de - URL: <http://www.nabu.de> -  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=577200 - width="1" height="1">

Pressekontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

nabu.de
presse@NABU.de

Firmenkontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

nabu.de
presse@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt. Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.